

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

Think Tank update Januar/Februar 2006

Welche Strategie gegenüber Iran?

Kathrin Yoneoka

Welche Strategie gegenüber Iran?

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

**2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA**

**Tel. 202-464-5840
Fax. 202-464-5848
office@kasusa.org
www.kasusa.org
www.kas.de**

Am 10. Januar 2006 kündigte der Iran an, seine Nuklearforschung zum Brennstoffkreislauf wiederaufnehmen zu wollen und entfernte die Siegel der Internationalen Atomenergiebehörde. Dies nahm die Internationale Atomenergiebehörde zum Anlaß, dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu empfehlen, sich mit dem Iran zu beschäftigen. Daraufhin einigten sich die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, das Thema Iran im März auf die Tagesordnung zu setzen.

Am 13. Februar 2006 berichteten westliche Diplomaten, daß der Iran damit begonnen habe, sein Programm zur Urananreicherung wiederaufzunehmen. Dieses Programm könnte folgende Zielsetzungen haben: es könnte friedlich sein, es könnte zum Bau von Nuklearwaffen dienen oder ein Indiz dafür sein, daß sich die Regierung in Teheran alle Optionen offen hält.

Die jüngsten Entwicklungen im Iran beschäftigten auch die US-Regierung sowie die amerikanischen Think Tanks und Medien in zahlreichen Reden, Beiträgen und Artikeln in den Monaten Januar und Februar 2006.

US-Außenministerin Condoleezza Rice¹ forderte am 15. Februar 2006 75 Mio. US-Dollar zusätzlich vom Kongreß, um den Druck auf Teheran zu erhöhen. Mit dem Geld sollen Radio- und Fernsehsendungen in den Iran übertragen und die interne Opposition gegen die religiöse Führung gestärkt werden. 5 Mio. US-Dollar aus diesem Betrag sollen für den Ausbau des Stipendienprogramms für das Studium von iranischen Studenten in den Vereinigten Staaten aufgewendet werden. Während 1970 noch 200.000 iranische Studenten in den USA studierten, betrage diese Zahl heutzutage nur noch 2.000.

Die iranische Regierung betreibe eine destabilisierende Politik, die Terrorismus und gewaltbereiten Extremismus unterstütze. Daher werde die US-Regierung die aggressiven Politiken des iranischen Regimes aktiv angehen und gleichzeitig das iranische Volk in seinem Bestreben nach Freiheit im eigenen Land unterstützen. Die iranische Führung verstärke ihre internationale Isolation durch vergiftete Rhetorik und ein konfrontatives Verhalten, insbesondere durch ihr Streben nach Atomwaffen und einen Politikstil, der von der internationalen Gemeinschaft verurteilt werde.

Keiner wolle dem iranischen Volk oder der iranischen Nation die zivile Nutzung von Atomkraft versagen. Deshalb seien der Regierung in Teheran viele verschiedene Optionen vorgeschlagen worden. Statt dessen habe sie entschieden, sich selbst zu isolieren. In einem Jahr voll friedlicher und geduldiger Versuche, hätten die USA den diplomatischen Konsens betreffend das iranische Atomprogramm verbreitert. Rußland, China, Indien, Brasilien, Ägypten und viele andere hätten das Thema an den UN-Sicherheitsrat überwiesen.

¹ <http://www.state.gov/secretary/rm/2006/61262.htm>

Die USA wolle, so **Rice**, nun ihre Proliferations-Sicherheitsinitiative weiterentwickeln. Außerdem wolle man die iranische Bevölkerung stärker bei ihren Freiheitsbestrebungen unterstützen.

Washington Post vom 08.02.2006 „Strong Leads and Dead Ends in Nuclear Case against Iran”²

Die **Washington Post** vom 08. Februar 2006 widmete dem Thema Iran mehr als eine Seite. In dem Artikel „Strong Leads and Dead Ends in Nuclear Case against Iran“ stellt die Autorin **Dafna Linzer** insbesondere die Frage nach Beweisen, die bekräftigen könnten, daß die iranische Regierung tatsächlich plant, eine Atombombe zu bauen. Eine Skizze mit einem 400 Meter langen Tunnel, gezeichnet von iranischen Ingenieuren und offensichtlich für einen unterirdischen Atomtest geplant, könnte ein Hinweis auf Pläne Teherans sein, die Urananreicherung nicht nur zur friedlich Energiegewinnung nutzen zu wollen, wie von der Regierung immer wieder betont wird, sondern zum Bau einer Atombombe.

US-Experten und Geheimdienstexperten anderer Verbündeter seien der Auffassung, daß der Bau einer Atombombe im Iran noch rund 10 Jahre entfernt sei, vorausgesetzt der Iran widme sich mit vollen Ressourcen und ohne größere Hürden dem Bau dieser Bombe. In den drei Jahren seit die iranische Regierung zugeben mußte, daß sie ein geheimes Uran-Anreicherungsprogramm betreibe, hätten die westlichen Regierungen und der Wachhund der Vereinten Nationen, die internationale Atomenergiebehörde, substantielle Beweise angehäuft, die die Versicherung der Regierung in Teheran, nichts weiter als friedliche Atomenergieanlagen bauen zu wollen, in Frage stellten.

Die Zeichnungen des bisher noch ungebauten Tunnels scheinen für einige Vertreter der US-Regierung ein weiterer Beweis für das Bestreben nach einem Test von nuklearem Sprengstoff durch den Iran zu sein. Aber UN-Experten, die die Zeichnungen studiert haben, seien der Auffassung, daß die Zeichnungen ohne Datum nicht klar in den Zusammenhang paßten. Das Wort „nuklear“ tauche nicht auf, keiner wisse, wer die Zeichnungen erstellt habe und es gebe keinen Beweis für ein damit verbundenes Programm zum Erwerb und Bau eines solchen Testgeländes.

Der Ursprung weiteren Beweismaterials sei unklar. Auf dem 2004 gestohlenen Computer eines Iraners befänden sich Designentwürfe für eine mittelständische Anlage zur Produktion von Urangas. Die Konstruktion dieser Anlage würde dem Iran Zugang zu einem geheimen Depot ermöglichen, welches zur Herstellung von Brennstoff oder von Waffen genutzt werden könnte.

² http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_7995_1.pdf

Carnegie Endowment for International Peace „No Military Options“

Der beim **Carnegie Endowment for International Peace** arbeitende Nuklearexperte Joseph Cirincione³ stellte in einem am 19. Januar 2006 veröffentlichten Artikel die Frage nach einer militärischen Option für die USA – oder Israel.

Während der Herausgeber des **Weekly Standard**, **William Kristol**, davon ausgehe, daß das iranische Nuklearprogramm den Punkt ohne Wiederkehr rasch erreichen könne und der Kolumnist der **Washington Post**, **Charles Krauthammer**, sogar glaube, daß die iranische Regierung vom Bau der Bombe nur ein paar Monate entfernt sei, schlug Cirincione vorsichtigere Töne an.

Diese Ansichten repräsentierten nicht die öffentlich geäußerte Auffassung von Vertretern der US-Regierung. Nur ein Jahr zuvor habe Vizepräsident Dick Cheney sich gegenüber einem Radiosender ähnlich geäußert, indem er sagte, daß sich der Iran ganz oben auf der Liste befände. Cheney sagte damals auch, daß Israel sich vorbehalte, zuerst zu handeln und es dem Rest der Welt überlasse im Nachhinein das diplomatische Chaos aufzuräumen.

Es gebe, laut **Cirincione**, keine Notwendigkeit eines Militäreinsatzes gegen den Iran. Das Land sei noch fünf bis zehn Jahre von der Fähigkeit, Uran für Brennstoff oder Bomben anzureichern, entfernt. Sogar diese Annahme, die vom militärischen Geheimdienst geteilt werde, gehe davon aus, daß sich der Iran mit voller Kraft diesem Programm widme und sich mit keiner der technischen Schwierigkeiten, die diese Programme normalerweise begleiten, konfrontiert sehe.

Die gegenwärtige Lage sei keine Krise der Nuklearbomben sondern der Nuklearregime. Der **US-Botschafter für die Vereinten Nationen John Bolton**⁴ habe richtigerweise angemerkt, daß es sich um einen Schlüsseltest für den UN-Sicherheitsrat handele.

Aber es seien die Diplomaten, die diese Krise lösen müßten. Ein Luftangriff gegen eine Uran-Anreicherungsanlage würde den muslimischen Ärger weiter anstacheln, der iranischen Regierung den Rücken stärken und die US-Position im Irak in Gefahr bringen. Darüber hinaus würde er das Uran-Programm wohl eher beschleunigen als verzögern. Dies sei zumindest passiert, nachdem die Israelis den Nuklear-Reaktor Osirak im Irak bombardiert hatten. Nach dem Anschlag habe Saddam Hussein das irakische Programm zum Bau von Atomwaffen beschleunigt und die Mitarbeiterzahl von 500 auf 7.000 erhöht.

³ <http://www.carnegieendowment.org/npp/publications/index.cfm?fa=view&id=17922>

⁴ <http://www.forbes.com/home/feeds/afx/2006/01/17/afx2456583.html>

Deshalb solle die Drohung von einem militärischen Vorgehen gegen den Iran – auch wenn diese nur als Bluff gemeint sei – aufgegeben werden. Denn es sei ein gefährliches Spiel, welches manche Vertreter aus dem neokonservativen Lager spielten.

American Foreign Policy Council - “Confronting a Nuclear Iran”

Ilan Berman, Vice President for Policy vom American Foreign Policy Council, hat in einer Anhörung vor dem Verteidigungsausschuß des Kongresses⁵ am 1. Februar 2006 über die Bedrohung durch einen Iran mit Atomwaffen und Politikoptionen, die den USA offen stünden, gesprochen.

Demnach sei auch dreieinhalb Jahre nach der Offenlegung von Details über die heimlichen Bemühungen Irans, eine Nuklearanlage zu entwickeln, immer noch wenig über die Zielrichtung des Atomprogramms der islamischen Republik bekannt. Trotzdem würden alle verfügbaren Beweise auf ein ehrgeiziges, komplexes und weitreichendes nationales Programm hindeuten, welches darauf ausgerichtet sei, das iranische Regime mit einem Arsenal von Nuklearwaffen auszustatten.

Die Schätzungen des US-Geheimdienstes, wann der Iran über Nuklearwaffen verfüge, lägen mittlerweile bei etwa 10 Jahren. Der israelische Geheimdienst gehe zwar von nur zwei Jahren aus. Aber auch wenn es Uneinigkeit über den genauen Zeitpunkt gäbe, bestehe doch ein weltweiter Konsens, daß das Streben der iranischen Regierung nach Nuklearwaffen eine große und wachsende Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit darstelle.

Demnach bedeute das Streben der islamischen Republik nach Atomwaffen eine direkte Herausforderung für den Erfolg der US-Politik im Nahen Osten. Ein nukleares Iran könne die regionale Geopolitik derart drastisch umgestalten, daß sich die USA in der nahen Zukunft mit sechs Trends konfrontiert sähen:

1. Wachsendem iranischen Einfluß
2. Einem erneuten Rüstungswettlauf
3. Der weiteren Ausdehnung der Verbreitung von Kernwaffen
4. Wachsendem Terrorismus
5. Strategischer Erpressung
6. Einer längeren Lebensdauer des iranischen Regimes

Die in den letzten beiden Jahren diskutierten Möglichkeiten, mit den nuklearen Ambitionen der iranischen Regierung umzugehen, reichten von diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen über Eindämmung und Abschreckung bis hin zu einem Präventivschlag.

⁵ <http://www.house.gov/hasc/schedules/2-1-06Berman.pdf>

Die islamische Republik Iran sei ein revolutionärer Staat, der sich der weltweiten Verbreitung seiner radikalen religiösen Prinzipien widme. In den letzten drei Jahren hätten interne politische Wechsel zum Aufstieg einer neuen radikalen Elite von Hardlinern beigetragen, die die islamische Revolution weitertreiben und ausweiten wollten. Die Wahl von Mahmoud Ahmadinejad zum Präsident des Iran im Sommer 2005 sei eine öffentliche Bestätigung dieses dramatischen Führungswechsels gewesen.

Seit dem Beginn des Krieges gegen den Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sei der Ausbau des iranischen Nuklearprogramms beschleunigt worden. Diese Überlegungen seien bei der Wahl von möglichen Antworten auf die Bedrohung durch die iranische Atombombe zu berücksichtigen.

Diplomatie könne den Weg des Iran zur Atombombe verzögern oder verkomplizieren, aber nicht verändern. Wirtschaftliche Sanktionen seien im Hinblick auf eine langfristige Lösung ähnlich problematisch. Der Grund sei die Stellung Irans als großer „Energiermacht“ und der unerwartete finanzielle Aufschwung, welchen es seit dem Beginn des „War on Terror“ erfahren habe. Darüber hinaus sei die iranische Regierung bestrebt, die Abhängigkeit des Auslands von seinen Energiequellen zu zementieren. Gerade habe sie mit China mindestens zwei große Energieverträge über die nächsten 25 Jahre abgeschlossen, was dazu führe, daß China im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen ein mögliches Vorgehen gegen den Iran wegen seines Nuklearprogramms einlegen könnte.

Damit eine amerikanische Eindämmungsstrategie erfolgreich sei, müsse sie drei strategische Ziele erfüllen:

- die verletzlichsten regionalen Nachbarn der islamischen Republik durch neue Sicherheitsabkommen und die Lieferung von Raketenabwehrsystemen unterstützen.
- das Zurückdrängen von Teherans militärischer Vormacht durch die Stationierung von mehr Streitkräften in den kritischen Wasserstraßen der Region.
- Irans Zugang zu kritischen Technologien für Massenvernichtungswaffen zu drosseln, indem die Nichtverbreitungsbemühungen in der Region verstärkt werden.

Das Verfolgen einer Eindämmungsstrategie durch die USA alleine sei aber inoffiziell ein Zeichen der Akzeptanz eines Iran mit Atomwaffen.

Eine Abschreckungsstrategie – wie während des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion – verspreche wenig Erfolg, weil der iranische Präsident Ahmadinejad hinter verschlossenen Türen erklärt habe, daß eine internationale

Konfrontation mit der westlichen Welt der Eckpunkt seiner außenpolitischen Strategie sei. Bei anderen Gelegenheiten habe er vor einem „Endkrieg“ zwischen dem Islam und dem Westen gewarnt.

Ein Militärangriff gegen den Iran durch die Vereinigten Staaten oder einen ihrer Verbündeten solle ausdrücklich als letzter Ausweg gesehen werden. Ein Militärschlag gegen die iranischen Nuklearanlagen wäre zwar möglich, aber angesichts der technisch ausgefeilten Art und der geographisch weit verstreuten Anlagen des iranischen Atomprogramms sehr schwierig. Außerdem würde er nicht nur zu einer stärkeren Unterstützung des Terrorismus in der Region führen, auf lange Frist gesehen wäre er kontraproduktiv, weil er die öffentliche Meinung gegen die Vereinigten Staaten aufstachelte und damit einen Gegner schaffe, der die Lebensdauer der gegenwärtigen iranischen Regierung bei weitem überdauern könne.

Daher plädierte **Berman** dafür, die notwendigen Bedingungen für eine fundamentale politische Transformation innerhalb des Iran zu schaffen, durch energische Public Diplomacy, wirtschaftliche Hilfe für Mitglieder der Opposition, internationalen Druck und im Verborgenen ablaufende Aktionen.

RAND – “A Strategy for Iran”

Wie die Vereinigten Staaten mit dem Iran umgehen sollen, war auch das Thema eines in der United Press International am 10. Februar 2006 veröffentlichten Kommentars der Iran-Expertin **Dalia Dassa Kaye** von der **RAND Corporation**⁶, welche eine „Umarmungsstrategie“ vorschlug.

Demnach benötigten die Vereinigten Staaten eine regionale Strategie, um auf die wachsende Bedrohung durch einen atomwaffenproduzierenden Iran zu reagieren. Auch **Dalia Kaye** geht davon aus, daß weder wirtschaftliche Sanktionen, Militärschläge oder der Druck nach innenpolitischen Reformen oder die Förderung von Demokratie in der Region verhindern können, daß der Iran dem Club der Atomkräfte beitreten werde. Statt dessen bräuchten die USA eine Vision, wie der Iran in ein neues System der Sicherheit im Nahen Osten eingebunden werden könne, insbesondere, wenn die US-Streitkräfte im Irak reduziert würden.

Den gegenwärtigen Bedrohungen wie Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Drogen oder kriminellen Netzwerken könnten am besten durch breite Sicherheitskooperationen mit Verbündeten und Gegnern eingedämmt werden. Ein militärischer Konkurrenzkampf hingegen, der sich in erster Linie auf die Verteidigung der Bedrohung durch den Iran beschränke, könne zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Amerika solle

⁶ http://www.rand.org/commentary/021006UPI_2.html

vermeiden, eine neue regionale Sicherheitsallianz gegen den Iran zu schaffen, denn eine solche Allianz würde die iranischen Radikalen nur bestärken.

Indem die Vereinigten Staaten einen kooperativen regionalen Kontext schafften, um das iranische Verhalten zu mäßigen, könnten sie ihre Stellung im Nahen Osten und ihre Partnerschaften mit regionalen Alliierten verbessern. Dies könne durch die Unterstützung eines neuen Sicherheitssystems für die Golfstaaten, unter Einbeziehung des Iran, geschehen. Dies sei aber nicht einfach, weil die gegenwärtige iranische Führung wenig Interesse an irgendeiner Form von regionaler Kooperation mit den benachbarten Golfstaaten gezeigt habe. Ein größeres Interesse müsse das Regime in Teheran aber an der Entwicklung von Sicherheitsbeziehungen zu Rußland und China haben.

Die USA könnten mehrere wichtige Schritte zu einem günstigeren Klima zur Beeinflussung der iranischen Handlungen unternehmen, ohne einen radikalen Paradigmenwechsel zu verbesserten Beziehungen mit dem Iran zu fordern. Statt einer dramatischen diplomatischen Öffnung gegenüber dem Iran seien - auch nach dem Krieg in Afghanistan und Irak - multilaterale Bindungen mit dem Iran möglich.

Eine begrenzte amerikanische Zusammenarbeit mit dem Iran sein in folgenden Bereichen denkbar:

- Ein Fokus solle auf gemeinsame amerikanisch-iranische Interessen im Bereich Afghanistan, z. B. bei der Bekämpfung des Drogenanbaus oder der Verhinderung einer Rückkehr der Taliban gelegt werden.
- Versicherungen, daß die USA keine Militärstützpunkte im Irak errichten oder Zugangsvereinbarungen mit dem Irak treffen würden, die gegen den Iran gerichtet seien. Im Gegenzug müßte Iran sich bereit erklären, sich nicht mehr in militärische Angelegenheiten des Irak einzumischen, z. B. durch das Trainieren von militanten Gruppen.
- Die erneuerte amerikanische Verpflichtung, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen in der Region anzugehen, bei gleichzeitig andauernden Versuchen, das iranische Atomprogramm aufzuhalten. Dies könne zum Beispiel dadurch geschehen, daß alle Seiten ermutigt würden, alle größeren Non-Proliferations-Verträge zu unterschreiben, um auf das Ziel hinzuwirken, den Nahen Osten zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen.
- Vereinbarung eines umfassenden regionalen Sicherheitsvertragswerks mit europäischer und russischer Unterstützung, welches die Tür für den Iran offen läßt. Dies könne zu einem Dialog führen, der von der gegenseitigen Perzeption als Bedrohung ablenke und vertrauensbildende Maßnahmen schaffe.

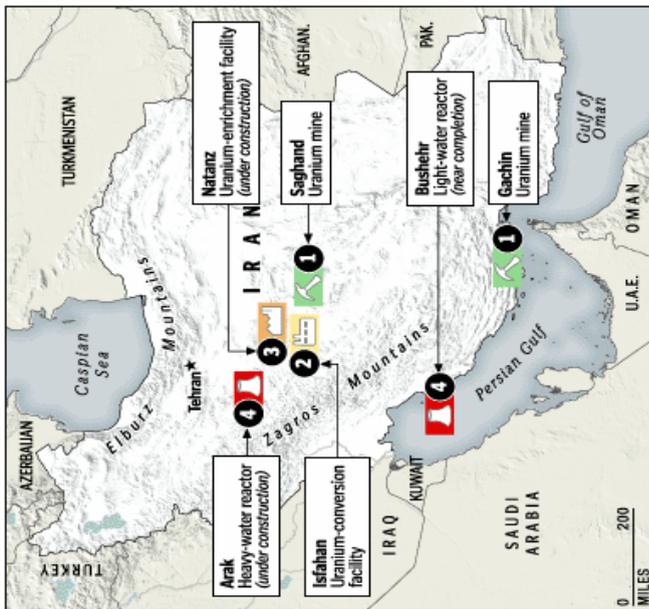
Der Iran schätze die internationale Anerkennung als Regionalmacht. Deshalb sei es möglich, daß ein Dialog mit den Vereinigten Staaten von Teheran begrüßt werde. Dadurch würde ein regionaler Sicherheitsdialog entstehen, der über die Nuklearwaffenfrage hinausgehe und die Sicherheitsbedenken des Iran anerkenne. Selbst wenn die gegenwärtige iranische Führung einen solchen Dialog zurückweise, sei damit eine multilaterale regionale Sicherheitsstruktur vorhanden, der zukünftige iranische Präsidenten beitreten könnten. In der Zwischenzeit könnte diese Sicherheitsstruktur zu verbesserten Sicherheitsbeziehungen zwischen den anderen Nationen in der Region beitragen.

Iran sei unter dem derzeitigen Regime eine gefährliche und destabilisierende Kraft im Nahen Osten, die die US-Interessen in der Region unterlaufe. Eine zukünftige regionale Strategie müsse diese Realität berücksichtigen. Aber es sei nicht klar, ob eine konkurrierende amerikanische Haltung basierend auf Drohungen und Druck den Iran weniger gefährlich mache.

Ein umfassender und kooperativer regionaler Ansatz mag sich nicht unbedingt als erfolgreicher erweisen, aber sein Scheitern würde die Unnachgiebigkeit des Iran herausstellen und es den Vereinigten Staaten erleichtern, mehr Verbündete zu finden, um sich dieser gemeinsamen Herausforderung zu stellen.

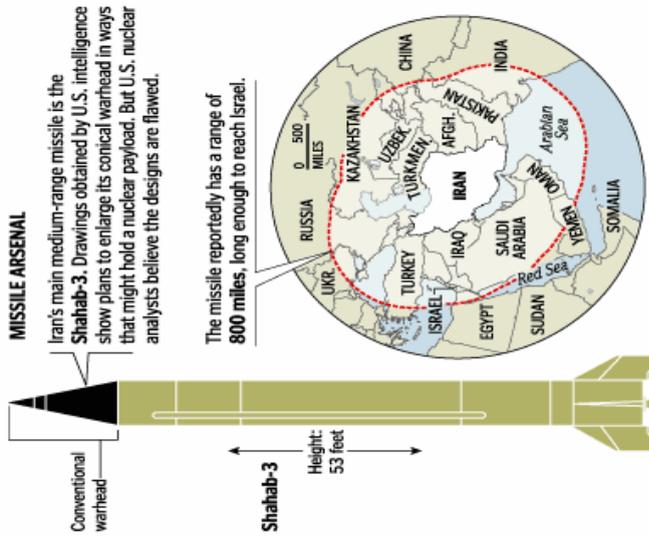
Anhang

Quelle: Washington Post vom 08.02.06, Staff reporting, Institute for Science and International Security, GlobalSecurity.org



STEPS TOWARD NUCLEAR CAPABILITY

- 1** **Uranium mines:** Operations at Saghand and Gachin provide Iran with raw ore.
- 2** **Conversion facility:** A plant at Isfahan refines the ore and turns it into gas, an intermediate step in the enrichment process.
- 3** **Enrichment facility:** A facility that Iran is building at Natanz, if equipped with centrifuges, could turn uranium gas into low-enriched uranium for use in reactors, or highly enriched uranium for use in nuclear weapons.
- 4** **Nuclear reactors:** The nearly completed light-water reactor at Bushehr and the heavy-water reactor that Iran is starting to build at Arak would produce plutonium as a byproduct. Iran does not have a separation facility to extract plutonium for weapons from the reactors' fuel rods.



MISSILE ARSENAL

Iran's main medium-range missile is the Shahab-3. Drawings obtained by U.S. intelligence show plans to enlarge its conical warhead in ways that might hold a nuclear payload. But U.S. nuclear analysts believe the designs are flawed.

The missile reportedly has a range of 800 miles, long enough to reach Israel.

A CLANDESTINE PROGRAM EVOLVES

PROGRAM BEGINS	2002	2003	2004	2005	2006
1987: Iran begins secret contacts with Pakistani nuclear official Abdul Qadeer Khan for the purchase of nuclear equipment.	August: An Iranian exile group claims Iran has a clandestine nuclear program.	February: IAEA inspectors examine nuclear facilities.	June: An Iranian citizen offers a stolen laptop computer to foreign intelligence as evidence of a secret nuclear weapons program. It contains drawings depicting a test shaft, modifications to Iran's missiles and plans for a second uranium-conversion facility.	January: Iran reveals it received from the Khan network detailed information on uranium metal.	Jan. 8: Iran orders IAEA inspectors to remove agency seals from nuclear-enrichment facility at Natanz.
1994: Iran receives centrifuge components and drawings from Khan's network.	December: Satellite photographs confirm existence of nuclear sites. United States accuses Iran of pursuing a nuclear weapon. Iran agrees to inspections by the International Atomic Energy Agency.	November: IAEA says it has found no evidence that Iran tried to make nuclear arms.	November: Iran announces the suspension of uranium enrichment and related activities; negotiations are underway with European nations.	August: Iran rejects a European Union offer of incentives in exchange for dismantling sensitive aspects of its nuclear program. Iran announces it has resumed uranium conversion at Isfahan.	Feb. 4: IAEA votes to report Iran to the U.N. Security Council over concerns that the country is trying to develop nuclear weapons.
		December: Iran signs the Additional Protocol to the nuclear Non-Proliferation Treaty to allow more intrusive inspections.		Nov. 24: European Union accuses Iran of possessing documents used solely for the production of nuclear arms, warns of a possible referral to U.N. Security Council.	